



„Der Gesetzgeber hat seine Aufgaben gemacht.“

Maria Michalk



„Eine umfassende medizinische Versorgung ist nicht billig.“

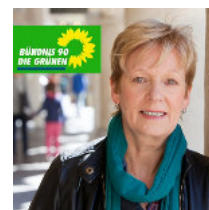
Hilde Mattheis

Positionen von Parteien zu dringenden Problemen im Gesundheitswesen



„Einer staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine Absage“

Marie-Agnes Strack-Zimmermann



„Wir wollen die Zusatzbeiträge wieder abschaffen“

Maria Klein-Schmeink



„Wir weichen beim Thema PKV nicht aus“

Kathrin Vogler

Der durchschnittliche Beitragssatz betrug vor vier Jahren 15,5 und liegt jetzt bei 15,7 Prozent. Die Prognose von 18 Prozent für 2020 teile ich nicht. Wir als Union halten an der jetzigen Regelung fest.

Wir wollen die einseitige Belastung für Arbeitnehmer durch steigende Beiträge mit der Wiedereinführung der Parität beenden. Wir sagen aber auch klar: medizinische Versorgung in einer älter werdenden Gesellschaft ist nicht billig.

Beitragssatz für Versicherte und Arbeitgeber

Die gesetzlichen Kassen sollen mehr Selbstständigkeit bei Tarifoptionen und Leistungsangeboten bekommen, um den immer individuelleren Bedürfnissen ihrer Versicherten entgegenzukommen.

Die grüne Bürgerversicherung schafft mehr Solidarität, Wahlfreiheit und eine bessere Versorgung für alle. In einem ersten Schritt wollen wir die allein von den Versicherten zu zahlenden Zusatzbeiträge wieder abschaffen.

Wir befürworten eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. So ließe sich der Beitragssatz von derzeit 15,7 auf unter 12 Prozent absenken. Der Arbeitgeber zahlt wieder die Hälfte davon.

Die Digitalisierung ist für die Zukunft des Gesundheitswesens unverzichtbar. Es ist gesetzlich verbrieft, dass alle Daten auf der elektronischen Gesundheitskarte allein dem Versicherten gehören.

Die Testphase für die Telematikinfrastruktur läuft gerade und der Rollout muss bis Juni 2018 abgeschlossen sein. Ich habe kein Verständnis für weitere Verzögerungen.

Digitalisierung & Datenschutz

Zum Dienst am Menschen gehört auch der Schutz seiner Daten. Der Staat muss die Hoheit des Einzelnen über seine Daten stets gewährleisten.

Wir wollen, dass die Menschen selbst entscheiden, was mit ihren Daten geschieht und wer außer ihnen darauf Zugriff hat. Ein wichtiges Instrument hierfür ist die elektronische Patientenakte.

DIE LINKE begrüßt grundsätzlich den Aufbau einer Telematik-Infrastruktur, hält das Konzept der elektronischen Gesundheitskarte aber für gescheitert.

Ein sanftes Lenken in unterbesetzte Fachgebiete haben wir zu Gunsten von Hausärzten auf den Weg gebracht. Mehr als bisher müssen auch die Ärzte im stationären Bereich mit Ärzten im ambulanten Bereich zusammenarbeiten.

Die Bundesländer müssen ihren finanziellen Verpflichtungen bei den Investitionskosten nachkommen. Da sie das nicht tun können oder wollen, müssen wir über ein alternatives System der Krankenhausfinanzierung sprechen.

Kliniken & medizinische Versorgung

Nur spezialisierte Krankenhäuser werden zukünftig überleben können. Dabei muss die Notfallversorgung flächendeckend erhalten bleiben. Ein bürokratiearmes neues Anreizsystem soll für mehr junge Ärzte auf dem Land sorgen.

Heutzutage wird häufig erst gehandelt, wenn die Krankheit bereits da ist. Gesundheitsförderung und Prävention sind für uns sehr wichtig. Das fängt an mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle, mit sauberer Luft und wenig Verkehrslärm.

Nicht nur für unterversorgte Regionen müssen modernere Versorgungsformen voran gebracht werden. Dazu gehören zum Beispiel Rotationspraxen oder auch Polikliniken.

In drei Schritten wurde die größte Reform der Pflegeversicherung beschlossen. Der Gesetzgeber hat seine Aufgaben gemacht.

Die Pflegereform hat zu einer deutlichen Verbesserung in der Pflege geführt. Ich kenne niemanden, der den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ablehnt.

Pflege

Wir wollen den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern, damit mehr Zeit für die Zuwendung zu pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung steht.

Für uns ist es wichtig, dass die zusätzlichen Beitragsmittel der Reformen in zusätzliche Leistungen für pflegebedürftige investiert werden.

Entscheidend ist, den Pflegeberuf nachhaltig attraktiv zu machen. Tarifliche Bezahlung muss allgemeinverbindlich werden.

Wir halten am Systemwettbewerb zwischen GKV und PKV fest. Der Leistungskatalog, der allen zu Gute kommt, wird dadurch ständig präzisiert.

Im Wahlprogramm fordern wir, dass alle Neuversicherten automatisch in der Bürgerversicherung versichert sind. Privat Versicherte bekommen ein Wechselrecht, können aber auch in der PKV bleiben.

Zukunft der PKV

Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeiten vereinfachen, zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu wechseln. Einer staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine klare Absage.

Wir wollen die PKV nicht abschaffen. Im Gegenteil: In unserem Konzept wird neben der Solidarität auch die Wahlfreiheit der Versicherten ganz groß geschrieben.

Unser Modell will die private Krankenversicherung auf Zusatzversicherungen beschränken. Die private Vollversicherung wollen wir zu einem Stichtag abschaffen.

Für das **Wahl Spezial 2017** wurden führende Gesundheitspolitiker von Parteien, die laut Prognosen den neuen Bundestag bilden werden, in ausführlichen Interviews zu gleichen Themenschwerpunkten befragt. Die AfD hat sich trotz Anfragen nicht daran beteiligt.

Ausführliche Interviews und weitere Informationen unter <http://www.krankenkasseninfo.de/ratgeber/magazin/>